

# Freie Berufe



Im Gespräch, von links nach rechts: Mehrdad Mostofizadeh MdL (GRÜNE), Jens Geier MdEP (SPD), Bernd Zimmer, Vorsitzender des VFB NW, Uwe Pakendorf (CDU) und Michael Kauch (FDP)

## Podiumsdiskussion zur EU-Wahl

**Der Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. (VFB NW) führte am 24. April 2019 eine Podiumsdiskussion zur Europawahl durch. Diese fand im Haus der Ärzteschaft in Düsseldorf statt.**

Unter Moderation des Vorsitzenden des VFB NW, Bernd Zimmer, haben folgende Kandidaten ihre Sichtweise zu Europa und zu den Interessen der Freien Berufe dargelegt: Uwe Pakendorf (Kandidat der CDU), Jens Geier (MdEP und Kandidat der SPD), Mehrdad Mostofizadeh (MdL, GRÜNE) und Michael Kauch (Kandidat der FDP).

Die Diskussion fand im Rahmen der Europastrategie der Freien Berufe in NRW statt. Die Diskussion war lebhaft, zuweilen kontrovers und beinhaltete viele Themen, die den Freien Berufen in der europäischen Diskussion wichtig sind: Pflichtmitgliedschaft, Selbstverwaltung, Honorar- und Gebührenordnungen, Zulassungsvoraussetzungen, Kapitalbeteiligungs-Beschränkungen und Rechtsformen.

Zur Vorbereitung der Podiumsdiskussion hat der VFB NW als Arbeitspapier insgesamt neun Fragen an die Kandidaten formuliert ([www.vfb-nw.de/euwahlen](http://www.vfb-nw.de/euwahlen)). Aus den Fragen ergeben sich auch die Interessen, die die Freien Berufe in europäischen Belangen haben.

Vorsitzender Bernd Zimmer eröffnete die Veranstaltung durch einen klaren Hinweis

auf die Innovationsfreudigkeit und die besondere Bedeutung der Freien Berufe für die Versorgung der Bevölkerung. Die Freien Berufe seien europafreundlich ausgerichtet und bereit, ihr System der hohen Qualität und der exzellenten Versorgung in andere Länder der Europäischen Union (EU) zu exportieren. Nach den Eingangsstatements der Politiker nahmen diese zu folgenden Themen Stellung:

### Subsidiarität

**Uwe Pakendorf (CDU)** sieht wegen der noch bestehenden großen Unterschiede in den Mitgliedstaaten sowohl die Vergemeinschaftung als auch die Regelungshoheit der Staaten als richtig an. Eine gemeinsame europäische Arbeitslosenversicherung wolle die CDU nicht, wohl aber eine Vertiefung/Steuerung in der Vertei-

## Editorial



Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Europawahl im Mai 2019 wird von vielen als eine schicksalsentscheidende Wahl angesehen. Als Gründe werden die Spannungen bei vielen offenen Fragen innerhalb der Europäischen Union (EU) genannt, angefangen vom Brexit über Flüchtlinge bis hin zu unterschiedlichen Vorstellungen der Weiterentwicklung der EU.

Beim Brexit können wir förmlich spüren, welche Bedeutung ein gemeinsamer Binnenmarkt ohne Grenzkontrollen hat. Freireisen zu können mit einer Währung ist genauso eine Errungenschaft wie den Beruf frei auswählen zu können in einem europäischen Land oder ein Parlament wählen zu dürfen, das sich um transnationale Themen kümmert, mit der kein einziger Mitgliedstaat alleine fertig wird. Wir können stolz sein auf das Erreichte und müssen an den Errungenschaften der EU festhalten. Aber müssen wir denn hinnehmen, dass im Namen des Binnenmarkts die Errungenschaften der Freien Berufe in Deutschland wie die Selbstverwaltung durch Kammersysteme oder Honorar- und Gebührenordnungen aufgehoben werden sollen?

Wir setzen uns für das Gemeinwohl ein und übernehmen so viele Aufgaben, die ansonsten der Staat übernehmen müsste. Wir stehen zu Europa, aber wir fühlen uns zu Unrecht angegriffen. Die Freien Berufe wollen ein gemeinsames Europa, das die Subsidiarität achtet und sich in Vielfalt weiterentwickelt.

Herzlichst bin ich Ihr

Bernd Zimmer

Vorsitzender des VFB NW

digungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Im Übrigen würden einige Richtlinienvorschläge der EU-Kommission im sog. „Trilogverfahren“ zwischen Rat, Parlament und EU-Kommission abgeschwächt.

**Jens Geier MdEP (SPD)** verweist bei Fragen der Subsidiarität auf deren Verankerung in den Europäischen Verträgen und auf die verschiedenen Möglichkeiten, Subsidiaritätsbedenken zu erheben. Nationale Versicherungen sollten weiterhin Aufgaben der Mitgliedstaaten bleiben, nicht jedoch eine Arbeitslosenrückversicherung. Das Argument der Subsidiarität werde häufig in den Fällen benutzt, in denen es darum gehe, dass sich nichts ändern solle.

Die Harmonisierung von Rechtsbereichen sei aber auch ein Stück Verantwortung für das Funktionieren von Europa. Stets gelte es, die souveränen Entscheidungen anderer Mitgliedstaaten für Ihr Gemeinwohl zu respektieren. Die EU-Kommission schösse gelegentlich über das Ziel hinaus und dann sei es Aufgabe der Europäischen Abgeordneten, dies zu kontrollieren und zurückzuführen.

**Mehrdad Mostofizadeh MdL (GRÜNE)** will sich für bessere Standards in Europa einsetzen und mehr europäische Politik wagen. Dabei könne in anderen europäischen Staaten mit guten inländischen Politikansätzen geworben werden. Es sollten Partnerschaften aufgebaut werden, um der Verantwortung für einen Brain-Drain (Talentabwanderung) aus anderen Mitgliedstaaten gerecht zu werden.

**Michael Kauch (FDP)** fordert sowohl Mindeststandards bei bestimmten Sozialpolitiken wie Lenk- und Ruhezeiten als auch die Abkehr von gemeinschaftlichen Regelungen wie bei der Arbeitslosenversicherung, da es keinen einheitlichen Arbeitsmarkt gebe. Europa solle nicht überreguliert werden. Die Europäische Kommission habe ihre Kompetenzen gelegentlich durch Interpretationen der Europäischen Verträge ausgedehnt.

## Gesundheit und Binnenmarkt

**Uwe Pakendorf (CDU)** hält an dem deutschen System der Verteilung von Arzneimitteln fest, möchte aber den Versandhandel für Arzneimittel verstärken.

Wählen  
heißt  
Demokratie  
sichern:

## Wahlauf Ruf zur Europawahl am 26. Mai 2019

Die Podiumsdiskussion des Verbandes Freier Berufe NRW zur Europawahl hat die enorme Bedeutung der EU für uns Freiberuflerinnen und Freiberufler in NRW verdeutlicht.

Bitte nehmen Sie an der Europawahl am 26. Mai 2019 teil und werben dafür in Ihrem privaten und beruflichen Umfeld. Mit Ihrer Stimme können Sie die Demokratie und eine positive Zukunft Europas sichern.

**Jens Geier MdEP (SPD)** schlägt vor, auf das EuGH-Urteil zum Versandhandel mit Arzneimitteln innovativ zu reagieren. Die EU-Kommission definiere sich über den Binnenmarkt.

**Mehrdad Mostofizadeh MdL (GRÜNE)** bedauert, dass nach dem EuGH Urteil zum Versand von Arzneimitteln keine Gesetzesregelung in Deutschland stattgefunden habe.

**Michael Kauch (FDP)** schlägt den Verbänden vor, die Diskussion nach dem EuGH Urteil nicht über die Arzneimittelpreise zu führen, sondern über die besonderen Beraaterleistungen der Apotheker.

## Bürokratie und Regulationstiefe

**Uwe Pakendorf (CDU)** bedauert das zuweilen hohe Tempo legislativer Entscheidungen auf europäischer Ebene. Die europäischen Parlamentarier seien die richtigen Ansprechpartner, um die Regelungsdichte zu verringern.

**Jens Geier MdEP (SPD)** hebt die Bedeutung der Lobbyisten hervor, deren Informationen und Argumente für die Europäischen Parlamentarier wichtig seien.

**Michael Kauch (FDP)** fordert für die Europäische Ebene möglichst wenig delegierte Rechtsakte als Verordnungsermächtigungen zuzulassen.

## Kammersystem

Die steuerberatenden Berufe verweisen auf ihre Stellung als Organ der Steuerrechtspflege, um ein geordnetes Steuersystem aufrechtzuerhalten. Nur Steuerberater dürften Steuerklärungen abgeben und dies solle als Vorbehaltsaufgabe bestehen bleiben. Die Kandidaten werden gebeten, sich für die Interessen der steuerberatenden Berufe einzusetzen.

## „Europäische Charta der Freien Berufe“

Der Vorsitzende des VFB NW, Bernd Zimmer, fordert auf europäischer Ebene ein gemeinsames Verständnis von Freiberuflichkeit und schlägt den Kandidaten eine Europäische Charta der Freien Berufe vor. Die Forderung lautet:

**„Der Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. fordert die deutschen Politikerinnen und Politiker im Europäischen Parlament auf, sich für die Verabschiedung einer Europäischen Charta der Freien Berufe einzusetzen.“**

**Begründung:** Bis heute fehlt auf europäischer Ebene ein gemeinsames Verständnis von Freiberuflichkeit sowie ein einheitlicher Politikansatz gegenüber Freien Berufen. Der europäische Gesetzgeber soll künftig den Bedürfnissen der Freien Berufe besser gerecht werden, den Mehrwert der Freien Berufe für die europäische Gesellschaft anerkennen und sicherstellen, dass die Freien Berufe nicht ausschließlich auf Grundlage rein marktwirtschaftlicher Kriterien beurteilt werden.“

**Uwe Pakendorf (CDU)** ist bereit, eine solche Charta mit in seine Grundsatzüberlegungen aufzunehmen, regt die Aufnahme von Verbraucherschutzinteressen an und hebt das Selbstverwaltungsprinzip hervor. **Jens Geier MdEP (SPD)** schlägt anstatt einer Charta der Freien Berufe eine gesetzliche Regelung in den Europäischen Verträgen vor. Die Schutzrechte für die Freien Berufe, besonders die Erhaltung des Kammersystems, sollten im Sekundärrecht, besser noch im Primärrecht der Europäischen Union, verankert werden.



Thomas Preis, Vorsitzender des Apothekerverbandes Nordrhein e. V., während seines Diskussionsbeitrages

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** tritt für Verbraucherschutzinteressen ein, die auch in Deutschland verteidigt werden sollten und stellt die Frage, wie Regularien einer Charta durchgesetzt werden können.

## Resumée

Der Vorsitzende Bernd Zimmer hebt heraus, dass die Diskussion zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und Vertrauen geführt habe. Die Freien Berufe in Nordrhein-Westfalen würden bei den zukünftigen europäischen Diskussionen folgende neue Erkenntnisse berücksichtigen:

Die Forderungen nach mehr Subsidiarität müssen besser kommuniziert werden. Die Betonung von Verbraucherschutzinteressen werde auf europäischer Ebene stärker berücksichtigt als die Betonung der Gemeinwohlverpflichtung. Die Abstimmung der Europapolitik und der bundesdeutschen Politik müsse verstärkt berücksichtigt werden.

Der Vorsitzende Bernd Zimmer dankt zum Schluss der Podiumsdiskussion den Kandidaten und den Fragestellern für ihr Engagement. Er hebt die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament hervor und ruft zu einer breiten Wahlbeteiligung auf. Die Veranstaltung endete mit einem Empfang, der mit einer kulinarischen Vielfalt von unterschiedlichen europäischen Speisen begleitet wurde.

## Nachlese der Podiumsdiskussion

Die Videoaufzeichnung zur Podiumsdiskussion des VFB NW am 24. April 2019 steht online in voller Länge (drei Teile) zur Verfügung:

[www.vfb-nw.de/aktuelles](http://www.vfb-nw.de/aktuelles)



## Verbändeanhörung

### Kernlehrplan für das Fach Wirtschaft-Politik an NRW-Schulen ohne Freie Berufe

Der VFB NW hat an der Verbändeanhörung zum Kernlehrplan für das Fach Wirtschaft-Politik teilgenommen. Dabei kommt der Verband zum Ergebnis, dass sich die 272.500 selbständigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern, immerhin ein Drittel aller Unternehmen in NRW, und die hunderttausende im Anstellungsverhältnis tätigen Freiberuflerinnen und Freiberuflern mit ihren eindeutig definierten konstituierenden Elementen in dem vorgelegten Kernlehrplanentwurf nicht wiederfinden.



### Daher lautet der Vorschlag des VFB NW:

Der Kernlehrplan für das Fach Wirtschaft-Politik wird um das „Inhaltsfeld: Freie Berufe, Industrie, Handel und Handwerk“ ergänzt. Mithilfe dieses Inhaltsfelds erfolgt eine Auseinandersetzung mit der Bedeutung von Industrie, Handel, Handwerk und Freien Berufen für den Wirtschaftsstandort NRW.

## Konstituierende Vorstandssitzung des VFB NW

Am 30. Januar 2019 kam der neu gewählte Vorstand des VFB NW zu seiner konstituierenden 207. Sitzung zusammen.

Dabei beschloss der Vorstand einstimmig folgende Personen zu kooptieren: Dr. Christiane Friedländer und Dr. Rainer Holzborn, beide Ärztekammer Nordrhein sowie Dr. Stefan Schröter, Hartmannbund – Landes-

verband Nordrhein. Damit umfasst der Vorstand nunmehr 19 Freiberuflerinnen und Freiberufler.

Weiter beschloss der Vorstand des VFB NW, die Gründung eines Arbeitskreises Europa (EU-AK), um die Freien Berufe zukunftsfest in einem Europa der Nationen zu machen. Denn die Freien Berufe in NRW sind von den Liberalisierungsbestrebungen der Europäischen Union unmittelbar und existenziell betroffen. Die Europäische Kommission hinterfragt die bisherigen Grundlagen der jeweiligen Berufstände

und seiner Organisationen. Mit dem EU-AK schafft der VFB NW eine Plattform, bei der die mitwirkenden Kammern und Verbände gemeinsam die wichtigsten inhaltlichen europapolitischen Ziele festlegen können. Auf dieser Plattform werden auch die strategischen Vorgehensweisen für die Zukunft diskutiert und nach Beschlussfassung zur Umsetzung gebracht.

Darüber hinaus hat der Vorstand des VFB NW beschlossen neben dem Thema Europa folgende inhaltliche Schwerpunkte in der Amtsperiode 2018 bis 2022 zu bearbeiten: Digitalisierung und Bildung. Gerade beim Thema Digitalisierung soll die Digitalisierungsstrategie des VFB NW in die Landespolitik eingebracht werden. Eng verknüpft ist damit auch das Thema Bildung, das auf die Herausforderungen der digitalen Welt ausgerichtet werden muss.

## Erste Sitzung des neu gegründeten Arbeitskreises Europa des VFB NW



*Mitglieder des EU-AK, von links nach rechts: Dr. Schröter, Hirthammer-Schmidt-Bleibtreu, Donath, Potthast, Dr. Befelein, Steinrück, Hermes, Dr. Feldmann, Leis, Zimmer, Lewejohann, Busshuven, Langenberg, Dr. Friedländer, Witte, Dr. Kraft*

Am 22. März 2019 fand die erste Sitzung des neu gegründeten Arbeitskreises Europa des VFB NW statt.

Die Vertreter der anwesenden Kammern und Verbände berichteten über die EU-Betroffenheit und -Interessen in ihrem jeweiligen Freien Berufsstand. Wichtig war den Teilnehmern dabei, dass die Interessen der Freien Berufe bei den EU-Organisationen zukünftig intensiv Gehör finden und Deregulierungsbestrebungen, die in den Arbeitsbereich der Freien Berufe einengend eingreifen, zurückgewiesen werden müs-

sen. Dazu ist es erforderlich, den Wert und den Nutzen der Freien Berufe für alle EU-Länder hervorzuheben, mit dem Ziel, diese Form der Ausgestaltung als Exportmodell zu etablieren. Eine Kooperation mit Verbänden und Repräsentanten auf europäischer Ebene ist erwünscht. Eine rein ökonomische Betrachtungsweise bei Deregulierungsbestrebungen führt zu einem unverantwortlichen Wettbewerb über den Preis anstatt über die Qualität. Die Qualitätsstandards der Freien Berufe in Deutschland und Österreich müssen bei den Europäischen Organen als Maßstab für andere Staaten

gelten. Weitere Themen waren: das EU-Dienstleistungspaket, die Definition der Grundsatzregeln für Freie Berufe in Europa, die Berufs- und Gebührenordnungen, die Arzneimittelpreise und der Verbraucherschutz.

Die Teilnehmer des EU-AK waren sich einig, dass die gemeinsamen Ziele nur im landes- und bundespolitischem Miteinander erreicht werden können.

## Über den Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V.

Der Verband vertritt als Dachorganisation die Kammern und Verbände der Freien Berufe in NRW, darunter Ärzte, Apotheker, Grafik-Designer, Ingenieure, Notare, Patentanwälte, Rechtsanwälte, Restauratoren, Steuerberater, Tierärzte, Tonkünstler, Wirtschaftsprüfer und Zahnärzte.

## Impressum



**Verband Freier Berufe**

im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.

Herausgeber: Verband Freier Berufe  
im Lande Nordrhein-Westfalen e.V.  
Bernd Zimmer (V. i. S. d. P.)  
Tersteegenstr. 9, 40474 Düsseldorf  
Tel.: 0211 4361799-0  
Fax: 0211 4361799-19  
info@vfb-nw.de, www.vfb-nw.de  
Redaktion:

André Busshuven, Dr. Martin Feldmann  
Konzept, Gestaltung und Produktion:  
Manfred Wieland, InDeMa, Essen  
Bildnachweis: Rolf Purpar, Agentur Pur,  
Jochen Rolfes, VFB NW